

- ➔ Arbeitslosigkeit
- ➔ Beamte
- ➔ Homosexualität
- ➔ Rußland

## Regierung will Geld der Arbeitnehmer:

# MINUS? 15.000,-?

„Aktion minus fünfzehntausend Schilling pro Jahr“ - fällt die ein durchschnittlicher österreichischer Arbeitnehmer sind. Das sind laut GPA-Chef Sallmutter die von Spitzenpolitikern der ÖVP und SPÖ angepeilten 100 - 166 Milliarden „Sparvolumen“ umgelegt auf Otto Normalverbraucher. „Die Budgetkrise ist ein willkommener Anlaß, massive Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer durchzusetzen“, erkennt der Präsident der Arbeiterkammer OÖ, Fritz Freyschlag, richtig.

von John Evers

Doch Erkenntnis alleine ist zu wenig. Die geplanten Sparpakete sind nichts anderes als die extreme Fortführung einer Entwicklung, die schon die letzten Jahre kennzeichnete: Die immer stärker aufgehende Schere zwischen Arm und Reich. Eine Million Menschen sind in einem der reichsten Länder von Armut bedroht! Schwarz auf Weiß ist es in der neuesten Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zu lesen: Die Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmerlöhne am Volkseinkommen) ist seit Beginn der 80er Jahre um sechs Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Besitz Einkommen (Zins und Mieterträge) ist dafür in den letzten zwanzig Jahren von sieben auf 25 % gestiegen.

Wer sind die wahren Schmarotzer?

Der eigentliche Skandal vorweg: Zwei Drittel aller österreichischen Unternehmer zahlen keine Steuern. Und diejenigen, die welche zahlen, schulden dem Staat Milliarden. Aber: Die Gewinnquote ist deutlich gestiegen (WIFO-Studie). Doch wer hat, dem wird noch mehr gegeben. Und zwar reichlich und immer mehr. 40% der öffentlichen Ausgaben für Haushalte erhält das reichste Drittel der Bevölkerung. Dieses verfügt auch über 60% der Gesamteinkommen.

Nur 29% der öffentlichen Gelder gibt's für das unterste Drittel. 1983 stand es noch 36 zu 31%. Das sind die nackten Fakten. In der Realität bedeutet das: Kinder von Selbständigen kassieren einen höheren Anteil an Studienbeihilfen als Arbeiterkinder (Hochschulbericht 1993). Beim Wohnen ist das ganze Förderwesen auf Eigenheime ausgerichtet - kleine Mieter haben Pech. Das untere Drittel erhält hier ganze 20% der Mittel. Ähnlich sieht es bei der Familienförderung, dem Gesundheitswesen etc. aus.

Der Staat verteilt von unten nach oben

Die Lohnsteuerquote hat seit Anfang der 80er Jahre eine steigende Tendenz, während die Einkommens- und Kapitalertragssteuerquote weiterhin deutlich rückläufig sind, bemerkt das WIFO trocken. Insgesamt - so die Studie - seien in Österreich „die Unternehmersteuern ziemlich niedrig“ und eine progressive Besteuerung gebe es in Wirklichkeit eigentlich überhaupt nicht. Was macht die Regierung? Mit 1.1.1994 wurden sowohl Gewerbe- als auch Vermögenssteuer abgeschafft und somit der Anteil der Einkommenssteuern an allen öffentlichen Abgaben noch weiter verringert: Bringt den Reichen pro Jahr rund 20 Milliarden. Soviel machte übrigens das Sparpaket Nr.1 aus. Und der oberste Unternehmer-Chef

Maderthaler will zusätzlich für mehrere Jahre eine Nulllohnrunde! Und außerdem sei der Wohlfahrtsstaat zu teuer geworden. Hauptsache die Reichen werden immer reicher!

Radikale Umverteilung

Es besteht also Handlungsbedarf. Und zwar nicht so wie ihn verschiedene SPÖ-Politiker unter dem Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ vorheucheln: Eine reine Umverteilung unter den Arbeitnehmern. Das Geld muß dort geholt werden, wo es wirklich ist, von den Banken und Konzernen. 500 Millionen Schilling konnte die Bank Austria Anfang dieses Jahres ganz einfach locker machen, um die BAWAG mit Zinsspekulationen ein wenig zu ärgern. Gleichzeitig veranstaltet die Regierung eine Hatz auf Langzeitarbeitslose und paßt verschiedene Beihilfen nicht der Inflation an.

Diese Maßnahmen machen rund die selbe Summe aus wie die oben beschriebenen Bank Austria-Spekulationen - sie fanden, nebenbei gesagt, an einem einzigen Tag statt! Es ist unerträglich, wenn in einer solchen Situation Gewerkschaftsvorsitzende wie Nürnberger laut über „Nulllohnrunden“ nachdenken. Es gilt den Spieß umzudrehen: Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Mindestlöhne von 13.000,- netto und Kampf jedem Sozialabbau!

Doch dafür müßte der ÖGB der Regierung und den Unternehmern den Kampf ansagen. Kein leichter Weg, aber - angesichts der realen Lage der ArbeitnehmerInnen, Jungendlichen und PensionistInnen - ein bitter notwendiger.



ÖVP-Obmann Schüssel: Im Dienste der Unternehmer

**Geld ist  
genug da, es  
ist nur in  
den falschen  
Händen!**

Der Standpunkt:

Maastriicht heißt Sozialabbau!

Wirtschafts- und Währungsunion, Konvergenzkriterien und europäische Einheitswährung. Diese Bestandteile jeder Spardiktate bedeuten...



von John Evers

1) Nicht nur Österreich, sondern eine Mehrheit von EU-Ländern erfüllen die Maastriicht-Kriterien. 2) Österreich schafft die Budgetkonsolidierung... 3) Fakt für Arbeit!... 4) Die Firmen investieren...

Regierung: Alles beim Alten

Der eine oder andere erhofft sich durch das gute Wahlergebnis für die SPÖ eine Trendwende. Jetzt ist klar, daß die Parteiführung dort weiter machen will, wo sie aufgekehrt hat...

Die letzte Hemmschwelle scheint gefallen zu sein. Der rechte SPÖ-Vordenker Landschauptmann Strix meint...

Das Einsparungsprogramm Die Budgetsaniierung ist das wesentlichste Ziel der Verhandlungen. Fest steht, was jetzt auf uns zukommt...

ständigen Gewerkschaftsführung hier eine echte Gegenkampagne auf die Beine zu stellen...



Der Widerstand geht weiter

rechtes Sparen" versprochen hat, ist nicht einmal bereit das zu halten. Die Bürgerlichen erwarten die Verwirklichung des Schlüssel-Ditz-Kurses...

Beamte: Sparen heißt Gehaltskürzung und Sozialabbau

Die Bürgerliche erfinden jeden Tag neue Vorschläge, wie man bei den öffentlich Bediensteten kürzen kann. Aber auch die SPÖ-Führung um Vranitzky und hier vor allem der Staatssekretär Schögl spielen die Rolle der „Obersantier“...

Thomas Kerschbaum Personalvertreter, Namenslistenverband und Konsequente Interessensvertretung (KIV) In den Gemeinden wird munter privatisiert, bei Dienstposten wird gespart...

Gemeinde Wien geht gegen Kranke vor! In der Gemeinderatsversammlung gegen die „normalen“ Beschäftigten vor. Wähler...

stungszulage bekommt. In der Beurteilung wird der Krankenstand berücksichtigt werden, egal, ob die Leistung entsprechend war oder nicht. Und wenn man nun z.B. 21 Tage krank war, könnte man sich „sehr gut“ mehr bekommen...

Protest regt sich Die gibt zahlreiche Proteste von Dienstleistungsaussschüssen der Gemeinde Wien...

Österreich VORWÄRTS



Beamte: Angriffsziel Nr. 1

Die undifferenzierte Sanktionierung von Krankheiten und Krankenstand trägt dieses Ausmaß an. Wobei der Meldepflichterlaß nur die darin festgeschriebenen Praktiken werden schon seit längerer Zeit...

Jetzt: Information und offener Widerstand Die KIV wird diese Verschlechterungen offen anprangern und bekämpfen. Nur - die FSG-Personalvertreterinnen tun sich schwer mit Widerstand...

CIA plante Putsch

Mit großem Erstaunen reagierten Politiker und teilweise auch die Medien auf einen Bericht im „Boston Globe“ über Waffenlager, die die USA in den 50er Jahren in Österreich angelegt hatten...



Waffenlager (Quelle)

Als Begründung für diese Ungeheuerlichkeiten wird jetzt wieder die Legende vom kommunistischen Putschversuch mittels des Oktoberstreiks von 1950 aus dem Zylinder gerufen. Damals, behaupten Hugo Fortsch, Standardredakteur Seidl und Ernst Trost von der Krone, hätten die Kommunisten versucht, durch einen Putsch die Macht zu übernehmen...

„Für ein Bündnis für Arbeit“ titelt die „Neue Freie Zeitung“ (NFF) (Wochenzeitung) Nr.496. Arbeit gegen Sozialabbau (radikales Sparen) und Geschenke an die Unternehmer...

„Erfunden“ wurde die Idee in Deutschland. Das Schlimme daran: Dort haben die Spitzen der meisten Gewerkschaften unter Führung der IG-Metall und mit Billigung des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) den Kniefall vor den Unternehmern bereits vollzogen...

"Bündnis für Arbeit"

In Europa und dem Rest der Welt ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auf Rekordhöhe angestiegen. Rund ein Fünftel aller Arbeitnehmer in Österreich war laut ÖGB 1995 erkrankend mindestens einmal arbeitslos. 300.000 Menschen sind es im Durchschnitt permanent, Perspektive: 350.000. Die Regierungen der EU beteuern auf Konferenzen, Konzepte gegen Arbeitslosigkeit ausarbeiten zu wollen - nichts passiert. Gleichzeitig erzählen uns die Unternehmer das Märchen von der Notwendigkeit niedrigerer Löhne.

Die Konjunktur beleben. Ohne die gäbe es keine neuen Arbeitsplätze. Die Gewerkschaftsfürsten, die sich auch in Österreich dieser Logik anschließen, fallen ihren Mitgliedern in den Rücken. Auch jetzt haben wir offiziell eine höchst anziehende Konjunktur, aber Wirtschaftsexperten sprechen von einem „joblosen Aufschwung“...

Unternehmer vernichten Arbeitsplätze „Streitgegenommen ist die Arbeitslosigkeit bei uns schon längst auf EU-Niveau“, sagt WIFO-Experte Geldner. „Wir haben sie nur besser und sozial akzeptabler gemacht“. Vollkommen...

Die Privatwirtschaft ist völlig unfähig geworden, neue Jobs zu schaffen. Während es im öffentlichen Sektor von 1990-1994 135.000 neue Jobs gab, gingen allein in der Industrie 75.000 verloren. Doch genau hier - öffentlicher Sektor und Frührenten - will die Regierung den Sperrstift anstecken...

Arbeitsamt Einbahnstraße Die ÖGB-Führung fordert eine „Qualifikationsoffensive“ (mehr Ausbildung, mehr Post und Bahn) und die Vollbeschäftigung in der EU gefordert. Nur: Gerade wird das nächste Sozialbaupaket geschickt. Darüber, wie eine der stärksten Gewerkschaften der Welt ihre Forderungen umsetzen will, verliert dieses Memorandum allerdings kein Wort...

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn! „Streitgegenommen ist die Arbeitslosigkeit bei uns schon längst auf EU-Niveau“, sagt WIFO-Experte Geldner. „Wir haben sie nur besser und sozial akzeptabler gemacht“. Vollkommen...

ÖGB: Arbeit für Alle!

„Standort Österreich“ sichern - und das sozial gerecht, damit schlägt die ÖGB-Spitze in ihrem Memorandum um die politischen Parteien zunächst auf die nationale Parkta. Überschriften: Und dabei, daß unter dem Schlagwort „Standortsicherung“ derzeit in der ganzen Welt sozialer Kahlschlag und Arbeitsplatzvernichtung stattfindet. Nicht „Standort Österreich sichern“ sondern „gemeinsames internationales Vorgehen der Gewerkschaften“ sollte daher das Motto des ÖGB sein.

Bildungsbereich meint der ÖGB beispielsweise: Lehrlingsausbildung weg von der Handwerkskammer. Und im Kapitel „Internationale Politik“ wird die Vollbeschäftigung in der EU gefordert. Nur: Gerade wird das nächste Sozialbaupaket geschickt. Darüber, wie eine der stärksten Gewerkschaften der Welt ihre Forderungen umsetzen will, verliert dieses Memorandum allerdings kein Wort...



Ähnliches gilt für die Politik von Regierung und Unternehmer und die ÖGB-Forderungen. Hier ist nichts auf dem Verhandlungsweg lösbar. Der einzige Tun, den eine Gewerkschaft ausüpfen kann, ist die Stärke der Mitglieder. Wir fordern, daß eine Kampagne in den Betrieben und in allen Einzelgewerkschaften für die wichtigsten Forderungen dieses Memorandums organisiert wird. Aufgabende des ÖGB ist es nicht, das Budget zu konsolidieren, sondern die Rechte seiner Mitglieder zu verteidigen und zu verteidigen. Auch im...

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3.“ Welt sterben täglich zehntausende Menschen, die Umweltverschmutzung wird zunehmend zu einem unläslichen Problem, und auch in den westlichen Industrieländern wie Österreich leiden immer mehr Lohnabhängige unter Sozialabbau und Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite wird der Kapitalismus von Unternehmern reich und reich. Die Ablösung dieser, der kapitalistischen, Gesellschaft ist überfällig. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt sinnvoll genutzt bzw. gerecht verteilt, müßte kein Mensch mehr hungern und die Umweltverschmutzung könnte beendet werden. Ein paar Reformen kann da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Die Wirtschaft muß im Gemeinwesen übergeführt und demokratisch gesteuert werden, damit nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur und nicht nach Profit produziert wird. Durch demokratische Entscheidungen und die Abschaffung von Privilegien wird verbunden, daß das System bürokratisch und ökonomisch wird wie der Stalinismus Osteuropas, den wir immer bekämpft haben. VORWÄRTS ist eine unabhängige marxistische Bewegung. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen das Kapital, für eine internationalen Bewegung, die in fast allen Ländern Ost-, Westeuropas und in vielen Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist. Weltweit kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals auf politische und soziale Rechte, die die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat. VORWÄRTS, ihre Interessen organisieren. Wir sind aktiv in der österreichischen Sektion von „Jugend gegen Rassismus in Europa“, dem „Antifaschistischen Komitee Österreich“, dessen Gründung wir initiiert haben. In der SPÖ kämpfen wir gegen die bürgerliche Politik der Parteiführung und für einen sozialistischen Kurswechsel. VORWÄRTS-AktivistInnen treten als Gewerkschafter und Betriebsräte für eine demokratische Vertretung ihrer in- und ausländischen Kollegen ein und setzen sich gegen die Sozialpartnerschaft und für eine kämpferische Interessensvertretung ein. Mit unserer Zeitung VORWÄRTS wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse als Alternative zu den bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Vertiefung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Wir sind unabhängig von Parteien, Unternehmern und Inserenten. Unsere Zeitung wird ausschließlich von unseren Unterstützern und Lesern finanziert. Wenn Du unsere Ideen und Ziele unterstützt, werde aktiv und mach mit bei VORWÄRTS.

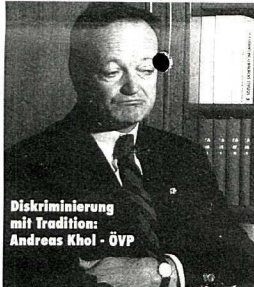
Impressum: ÖGB-Kreis 1, 8 2ten Medientage, Eigenvertrieb, Hernebergel und G. & V. Vertriebsstelle für arbeitslose/berufliche, Druck: Druckerei, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23, Hernebergel und Verlagsort Wien. Die WIFO-Produkte sind keine Waren, sondern sind nur für den Informationszweck bestimmt und werden nicht für den Verkauf angeboten. © 1995 ÖGB-Kreis 1, 8 2ten Medientage, Eigenvertrieb, Hernebergel und G. & V. Vertriebsstelle für arbeitslose/berufliche, Druck: Druckerei, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23, Hernebergel und Verlagsort Wien.

# Homosexualität: Kampf für gleiche Rechte!

**Liberale Gesellschaft, freie Ausübung der Sexualität, „Tun was Spaß macht“ solange es dem/der SexualpartnerIn gefällt? Für Homosexuelle sind das noch immer leere Worte, denn nach wie vor wird gleichgeschlechtliche Liebe kriminalisiert. VORWÄRTS kämpft für politische, gesellschaftliche und soziale Gleichstellung aller Frauen und Männer unabhängig von ihren sexuellen Neigungen. Wir haben in den Bereichen, wo VORWÄRTS-UnterstützerInnen aktiv sind, Diskussionen zu diesem Thema veranstaltet. Unter anderem gab HOSI-Verehrer Krickler mit VORWÄRTS-SPÖ-Sprecherin Claudia Sorger eine Pressekonferenz. Dieser Artikel soll die Diskussionen - vor allem mit ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und linken Kräften innerhalb der Homosexuellenbewegung - weiter fortführen.**

von David Mum, Susanna Stoik, Karin Wottawa, Timea Zauner

Die gesetzliche Lage Homosexueller ist in Österreich sehr rigide geregelt. Hier gibt es neben England das strengste Homosexuellengesetz in Europa. Den Mittelpunkt der Diskriminierung stellen die Paragraphen 209, 220 und 221 des Strafrechtsbuches dar. Es wird u.a. das gesetzliche „Schutzalter“ für männliche Jugendliche mit 18 Jahren festgelegt, ein Werbe- und Vereinsverbot verhängt und zu allem Überdram männliche gleichgeschlechtliche Liebe im selben Absatz wie Sodomitie („Unzucht mit Tieren“) genannt. Lesbische Liebe existiert pikareskerweise per Gesetz als gemeinsame Körperpflege. Die Forderung nach Aufhebung dieser Diskriminierungsparagraphen steht daher schon lange auf der Tagesordnung. Das schertete bisher vor allem wegen des Einflusses von ÖVP und Kirche. Homosexuelle werden im Opferstatusgesetz, dem Gesetz für die Opfer des Nationalsozialismus, trotz systematischer Verfolgung und Vernichtung nicht einmal ausdrücklich erwähnt.



**Diskriminierung mit Tradition: Andreas Kohl - ÖVP**

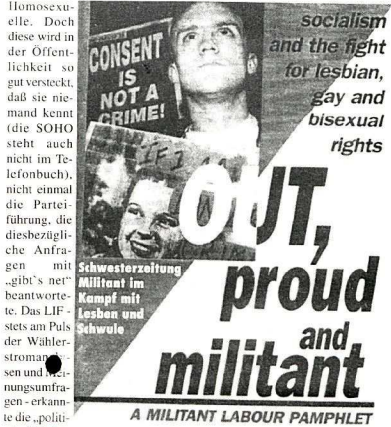
## „Ich bin homosexuell...“

...„outete“ ersie sich am Arbeitsplatz und plötzlich veränderte sich das Verhalten der Arbeitskollegen. Auf einmal erschienen die freundschaftlichen Umarmungen oder Männerhändchen in Sauna, Schwimmbad, Lokal in einem ganz anderen Licht. Und die Arbeitskollegin nahm davon Abstand, ihre langjährige Kollegin freundschaftlich auf die Wange zu küssen. Sie könnte ja sonst was von ihr wollen!

Der Prozeß bis zum Outing ist ein langer, den manche auch gar nicht schätzen. Viele leben in einer Wirklichkeit, die sie für sich und die KollegInnen aufbauen. Heile Familienwelt wird vorgespült, auf der anderen Seite gibt es aber den Wunsch, seine Sexualität mit einem/ Gleichgeschlechtlichen ausleben zu wollen, die/der genauso fühlt, wie er/sie selbst. Prinzipiell ist die Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber Lesben eine „offenere“ als die gegenüber Schwulen. Für Frauen ist es leichter, in einem gemeinsamen Haushalt mit der Partnerin zu leben und in der Öffentlichkeit die partnerschaftliche Nähe zu zeigen. Das kommt daher,

daß die verbreitete Einschätzung weiblicher Sexualität hinter jener der Männer steht. Beziehungen unter Männern sind erst ab 18 Jahren, unter Frauen bereits ab 14 Jahren gesetzlich im § 209 StGB „Gleichgeschlechtliche Unzucht mit Personen unter 18 Jahren“ erlaubt.

Viele Homosexuelle leben mit der Angst, jemand könnte hinter ihrer Liebe zum/ gleichgeschlechtlichen PartnerIn kommen und sie beim Arbeitgeber deshalb diffamieren. Konsequenzen daraus können die Entlassung und eine Benachteiligung bei der weiteren Jobsuche sein. Es ist nicht nur die persönliche Benachteiligung, mit einem/ ehemaligen Mit-



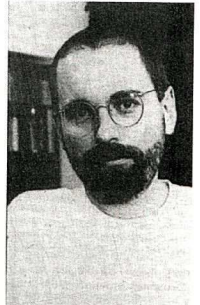
**Homosexualität und Politik**

Haltung diesbezüglich ist und stellen eigene Anträge zur Aufhebung der Paragraphen. Doch mit wenig Nachdruck und ohne Erfolg. Zudem übertreten sich vor allem SPÖ und LiF in Distanzierungs- und Distanzierungserklärungen gegenüber dem Outing. Gerade hier wurde die Doppelmentalität und das prinzipienlose Lavieren zwischen (vermeintlichen) Wählergruppen einmal mehr deutlich. Die SPÖ „verfügte“ als erste Partei über die SOHO (Sozialismus und Homosexualität), eine innerparteiliche Gruppe für

den Wahlkampf. Pflichtlich sah sich die Grünen ebenfalls gezwungen, Leute aus „der Bewegung“ ins Rampenlicht zu stellen. Beide Parteien picken sich zwischen „aus der Szene“ heraus und schoben sie vor. Wichtig ist allerdings, daß Grüne und Liberale hier auf die selben „liberal-bürgerlichen“ Schichten orientieren, auf die sie sich sonst auch stützen.

### Wie der Kampf begann

Ende der 60er Jahre begannen Homosexuelle sich offen zu ihrer Sexualität zu bekennen und gegen überkommene Moralvorstellung und Unterdrückung anzukämpfen. 1969 demonstrierten beim sogenannten Stonewall-Aufstand in New York tausende Lesben, Schwule und Bisexuelle für die Anerkennung ihrer Sexualität und kämpften, trotz massiver Polizeigewalt, mehrere Tage auf der Straße für ihre Rechte. Im Juni des gleichen Jahres kam es in San Francisco ebenfalls zu Kundgebungen. Noch immer wird seitlich jährlich der Christopher Street Day (CSD) gefeiert. Der Zeitpunkt, an dem das Schweigen gebrochen wurde, war kein zufälliger. Im Jahr 1968 überzogen revolutionäre Bewegungen den ganzen Erdball. In Afrika und Lateinamerika führten große Teile der Bevölkerung Befreiungskriege gegen die imperialistischen Kolonialisten. In Ost und West - z.B. in Frankreich und der CSSR - gab es Arbeiteraufstände und Studentenrevolen. Frauenorganisationen gingen in die Offensive. In den USA befand sich die schwarzen Bürgerrechtsbewegung auf ihrem Höhepunkt. In dieser Situation aktivierte sich auch die Lesben- und Schwulen „Szene“.



**HOSI-Vorsitzender Kurt Krickler: Bekannt durch die Outing-Aktion**

birgt aber nicht die Lösung für die Diskriminierung, denn die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen kann sich nicht in die illustre Gesellschaft exklusiver Bars und teurer Klubs zurückziehen.

### Die „heilige Familie“

Wir glauben, daß es letztlich nicht möglich sein wird, die Diskriminierung innerhalb des jetzigen Gesellschaftssystems völlig abzuschaffen. Die Unterdrückung der Homo- und Bisexuellen ist eng verbunden mit der Rolle der Familie und der Benachteiligung der Frauen. Die Kleinfamilie als gesellschaftliches Idealbild des Zusammenlebens hat für die kapitalistische Gesellschaft eine höchst wichtige Funktion. Hier geht die „Reproduktion der Arbeitskraft“ vor sich, vom Aufziehen der Kinder über die „Hausarbeit“. Andere Lebensformen - wie in erster Linie solche gleichgeschlechtlicher Liebe - stellen diese Kleinfamilie in Frage. Deren Überwindung als gesellschaftliche Normalform und damit die Abschaffung der moralischen und gesellschaftlichen Unterdrückung anderer Lebensformen würden enorme Umwälzungen bedeuten.

Wenn am Ende würde die Abschaffung und Vergesellschaftung der ganzen unzahlbaren Hausarbeit stehen. Das wiederum würde eine große Umverteilung erzwingen, um Sozial- und Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund weigern sich große Teile der Bürgerlichen, die Gleichstellung zu akzeptieren und starten immer wieder neue Versuche, die Rolle der Familie und der Frau in der Familie festzuschreiben. Die ÖVP drängt auf diese Weise die Verfassungsgesamtheit, die F meint sowieso, der Platz der Frau sei zwischen Herd und Kühlschrank.



**Demonstration für gleiche Rechte in Rio de Janeiro**

## Nicht nur Schwule sind von Aids betroffen!

Daß Aids nach wie vor oft als „Schwulenseuche“ bezeichnet wird, ist völlig unhalbar. Das Virus macht vor niemandem halt, die höchsten Ansteckungszahlen wurden in den letzten Jahren bei heterosexuellen Frauen festgestellt - Tendenz steigend. Richtig ist allerdings, daß es Homosexuelle waren, die von Beginn an hohes Problembewußtsein an den Tag legten und entsprechend begannen, Aufklärungsarbeit und Hilfe für Betroffene zu leisten.

Die Ausbreitung des nur durch Körperflüssigkeiten (Blut, Sperma...) übertragbaren Virus erfolgte Anfang der 80er Jahre sehr schnell über die ganze Welt. Die Tatsache, daß Menschen, die ungeschützten (1) sexuellen Verkehr mit häufig w wechselnden Partnern haben, besonders bedroht sind, wurde anhand spektakulärer Einzelfälle zur Hetze gegen Homosexuelle verwendet. Daß Drogenabhängige bei der Benutzung von gebrauchten Spritzen ebenfalls stark gefährdet sind, eröffnete die Möglichkeit, auf eine weitere Gruppe loszudreschen. An vorderster Front imal mehr: Die Kirche. Eine „Strafe“ durch „sei es, Kondome sind Sünde, nur

„Enthaltsamkeit von der südtigen Lust des Fleisches“ könne Körper und Seele rein erhalten. Tatsächlich bedarf es massiver Aufklärungskampagnen in allen Bevölkerungsschichten und allen Altersgruppen, besonders intensiv bei Jugendlichen und in Schulen. Kondome müssen jedem frei und kostenlos zugänglich gemacht werden. Leider werden aber trotz anfänglicher Zusagen die Mittel zur Hilfe und Selbsthilfe immer weniger zur Verfügung gestellt. Projekte wie die Wiener Aids-Hilfe (Vorwärts) gefährdet sind ständig in ihrer Existenz bedrohlich - ein ungeheurer Skandal! Das bedeutet nicht nur eine Verstärkung der

Diskriminierung und Ausgrenzung aller, die direkt oder indirekt von einer HIV-Infektion oder dem Ausbruch der Krankheit betroffen sind, sondern gibt der Krankheit immer mehr Nährboden zur Ausbreitung. Daher stehen wir für: keine Streichung der Mittel für Hilfsinitiativen, sondern fortwährende finanzielle Unterstützung; Erhalt aller Hilfsleistungen, insbesondere der Aids-Hilfe Wien, ihr droht nach wie vor Schließung; massive Aufklärungskampagnen; umfassendes kostenloses und anonymes Service (Kondomaktionen, Einwegspritzen, Information und Beratung, HIV-Antikörper-Tests, Selbsthilfegruppen etc.); intensive physische und psychosoziale Betreuung aller Betroffenen; Ausbau der Aidsstationen in den Krankenhäusern; Intensivierung der Aidsforschung

## Liegt's in den Genen?

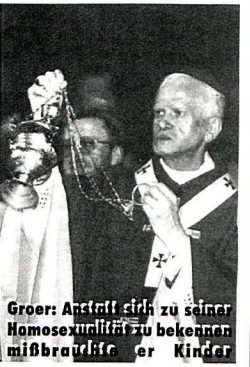
Immer wieder versuchen Mediziner, Psychologen aber auch Politiker auf das Argument zurückzugreifen, Homosexualität sei genetisch bedingt, obwohl das Homosexuellen im Prinzip egal sein könnte. Denn entscheidend ist ja nicht, wie man homosexuell geworden ist, sondern daß man es ist und mit Benachteiligung im gesellschaftlichen und beruflichen Bereich rechnen muß. Für die „Reinerhaltung“ unserer Gesellschaft ist es trotzdem sehr praktisch: Man könnte Homosexualität ja durch das Umpolen der Gene ändern bzw. Schwangere einem entsprechenden Test unterziehen, um gegebenenfalls abtreiben zu können. Oder Arbeitgeber könnten mittels Genests herausfinden, ob sie jemanden mit „korrekter“ sexueller Neigung einstellen.

Wir können hier nicht genau auf die Frage der „Genforschung“ eingehen, nur soviel: „Wissenschaftliche“ Versuche echte und vermeintliche „gute“ oder „schlechte“ Eigenschaften jemanden per Geburt zuzuschreiben, gibt es seit der Geburt von Unterdrückung. Von „gottgegebenen“ Würde von Königen, oder Völkern, die angeblich nur zum Sklavendasein geschaffen sind, bis zur Rassen und Schädellehre verschiedener Antisemiten, die „ganz objektiv“ und „streng wissenschaftlich“ Menschen bestimmte Eigenschaften zuschreiben wollen. In dieser Tradition steht die „Genforschung“ zumindest in diesem Bereich, wo sie Menschen eine „gute“ oder „schlechte“, „kriminelle“ oder „gesetzestreue“, „homo-“ oder „heterosexuelle“ Existenz bescheinigt.

## Heuchlerin Kirche!

Daß Outing-Aktionen - auch international - oft in Richtung katholischer Würdenträger zielen, ist nicht verwunderlich. Die Kirche ist eines der Bollwerke im Kampf gegen die Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Neigung.

Homosexualität ist keine Erscheinung des 20. Jahrhunderts, es gibt sie, seit es Menschen gibt und die gesellschaftliche Akzeptanz hat verschiedene Phasen durchlaufen. Die Kirche stand jedenfalls immer auf Seiten der Verfolger und Diskriminierer vor allem in Europa. In der Antike gehörte es noch zum guten Ton - innerhalb der Oberschicht, wohlgeehrt - neben dem Eheleben auch eine gleichgeschlechtliche Liebe zu führen. Im Mittelalter war es dann Papst Gregor, der im Jahre 1232 einen Erbsatz herausgab, „schwere Sünden den Ketzerzern gleich zu behandeln“. Das bedeutete die gleiche Todesstrafe über sie zu verhängen. Im Dritten Reich fand die Verfolgung Homosexueller dann noch einmal ihren Höhepunkt. Homosexuelle wurden in die KZs verschleppt, die Todesstrafe über sie verhängt oder Zwangskastrationen durchgeführt. All diese Maßnahmen stützten sich letztlich auch auf jenes ideologische Erbe, das die Kirche in den vergangenen Jahrhunderten erfolgreich verbreitete. Und heute?



**Groer: Antritt sich zu seiner Homosexualität zu bekannem mißbrauchte er Kinder**

Pfarrer gottse? Manche Reporter hatten sogar kein Problem damit, in ein und demselben Satz zu sagen, Homosexualität sei nichts Negatives oder Anrüchiges und andererseits das Outing der homosexuellen Neigungen der Bischöfe als Beleidigung und Rufschädigung zu bezeichnen.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- 13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
Gegen die Diskriminierung von Frauen: gleiche Rechte in allen Bereichen!
Schluß mit Sozialabbau und Privatisierung!
Kein Auserkauf der Verstaatlichten!
Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Ausschüsse zu verhindern!
Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
zu Veranstaltungen eingeladen werden.
VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Termine

Im Skizzenbuch ein Kavalleriedelikt? fragt sich JRE in Südt. Über 'Arm und Reich in Österreich' spricht die ÖGB-Memorandum an die Regierung - ein Programm gegen Arbeitslosigkeit? fragt sich der verkehrtsStammisch. Wir erwarten Kollegen an Giffinger vom ÖGB-Betriebsreferat 'Februar 34' - ein Zeitzeuge berichtet der JRE in Ost. Für die Aktion 'Jugend gegen Polizeisklerose' findet die Abschlussbesprechung in der Wien Nord statt. Die JRE-Wien Mitte hat ihre Gruppenkonferenz Buffet und diskutiert 'Wie stellen wir uns Schule

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Gruppen, wo auch VORWÄRTS'ler aktiv sind. Oder ruf uns an: 0222/597 0 432

Wien 'Uns reicht's' - SozialistInnen in der SPÖ wreichen sich Terminrückfragen bei der Redaktion

JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5., Ropunkn' Reinsprechstunden:6

JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7., Siebensterng.31

JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20., Allererhngplatz 17 Ecke Demnaingstr./Vorgartenstraße

JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr 'ARENA' 3., Baumg.80

JRE Wien Mitte: jeden Dienstag 19 Uhr 7., Siebensterng.31

Gewerkschaftsstammisch jeden 2., 3., 4., Mittwoch 6S 13., Zentrum Erlberg Lechnerstraße 2-4

Bundesländer SJ Wels Gröpper Barricade jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Loystatt/Eisenhowerstr. Wels

Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt jeden Dienstag 18 Uhr Wien-Mittelstr. Nachrichten Kollontsch 12, 1.Stock

Internationales

30 Jahre Militant

Die erste Ausgabe der britischen marxistischen Zeitung Militant erschien im Oktober 1964. Peter Taaffe, der Generalsekretär der Militant Labour, hat nun ein Buch über die Geschichte der Militant geschrieben. Berichtet wird von den zahlreichen Kämpfen bei denen Militant meist in vorderster Front - beteiligt war: vom Bergarbeiterstreik, von der Poll-Tax und vom Kampf um den Stadtrat von Liverpool. Es werden aber auch zentrale Positionen von Militant wie zum Zusammenbruch des Stalinismus und zu Nord Irland aufgegriffen. Ein Stück Zeitgeschichte und vor allem eine Anleitung zum Handeln!

Bei der Redaktion um 6S 210.- zu beziehen (leider nur in englischer Sprache).

Wahlsgewinn von Arafat

Bei den Wahlen zum Präsidenten und zur Volksvertretung der palästinensischen Autonomiegebiete erzielte Arafat und seine Fatah einen überwältigenden, wenn auch nicht unerwarteten, Wahlsieg. Konkurrenten wie die Wahl (wie die Hamas und auch einige linke Parteien), andere wurden von der Kandidatur "abgehalten". Arafat selbst bestimmte die Kandidaten der Fatah und setzte sich über die Basisentscheidungen hinweg. Die Jugend, die in der Infirada gekämpft hatte, war sowieso ausgeschlossen - denn Kandidaten mußten mindestens 35 Jahre alt sein. Statt Selbstbestimmungsrecht bringen die Wahlen eine Legitimierung von Arafats Einmann-Regierung. Bei der Bekämpfung von Kritikern gibt es Zusammenarbeit mit der israelischen Polizei.

JIT - eine neue marxistische Organisation in Pakistan

Benazir Bhutto hat sich als unfähig erwiesen, die Bedürfnisse der pakistanischen Bevölkerung zu befriedigen - 60% haben kein Vertrauen in die Zukunft. Gleichzeitig werden islamische Fundamentalisten vor allem bei Jugendlichen ein Anziehungspunkt und könnten bei den nächsten Wahlen 1997 ihren Stimmenanteil von 7 auf 20% ausbauen. Immer notwendiger wurde es daher, den Arbeitern und ausgebeuteten Massen eine echte Alternative anzubieten. Mit der Gründung von JIT ist dafür ein erster Schritt getan! Zur Zeit beteiligt sich JIT an einer Kampagne gegen die Privatisierung der pakistanischen Telefongesellschaft PTC und publiziert eine Menge marxistischer Bücher - wahrscheinlich erstmals in Pakistan! Als eine der ersten politischen Gruppen treten sie massiv gegen Privatisierung auf, machen Kampagnen gemeinsam mit den 'Unabhängigen', jener Gruppe am unteren Ende der Gesellschaft, fordern Arbeiterdemokratie, und kämpfen für Sozialismus.

Rußland: Kein Weg zur Demokratie

Das Jahr '96 beginnt für die Bevölkerung Rußlands, neben Zahlungsrückständen von Löhnen, drohenden Fabriksschließungen und dem katastrophalen Abbau im Gesundheits- und Bildungsbereich, mit einer neuergewählten Duma und Geiselnahmen durch tschetschenische Rebellen. Die russische Führung um Jelzin erhielt bei den Wahlen eine deutliche Abfuhr.

Sieger war die Kommunistische Partei mit 23%. Aber auch die KP unter ihren Kandidaten auch einige Unternehmer - unterstützt die kapitalistischen 'Reformen' in der einen oder anderen Form. Sie tritt vor allem für 'Ordnung und Disziplin' ein und konnte hauptsächlich ältere Wähler mit der 'guten, alten Zeit' ansprechen. Zudem vertritt sie eine russisch-nationalistische Politik. Trotzdem erhielt sie von vielen Arbeitern Unterstützung, die in ihr das geringere Übel gegenüber Jelzin und Co. sahen. Schirnowskis ultra-nationalistische 'Liberal Demokratische Partei', der Wahlieger von 1993, ist von 22% auf 11% abgesunken. Die Partei des Präsidenten, 'Unser Haus Rußland', erzielte gerade 10% - jene Schichten, die Vorteile aus den Marktreformen gezogen haben, wählten sie. Jelzins Premier Staatsministerin hat den russischen Staatssektor derartig zusammengeknickt, daß er nun kleiner ist als der Italiens. Gleichzeitig ist er da eingetreten, daß die Privilegien der Bürokratie in Industrie und Regierung beibehalten werden. Die Interessen der Neo-Liberalen sind mit denen eines wichtigen Teils der mit Bürokratie verschmolzen.

Krieg in Tschetschenien

Die Geschichte der Tschetschenien ist geprägt von Unterdrückung und Widerstand. Im Zarismus stand Tschetschenien als einzige Provinz bis zur Oktoberrevolution 1917 unter einer Militärregierung. Die Sowjet-Republik in Nord-Kaukasus bekamen in Folge eine hohe Autonomie - in Anlehnung an Lenins Politik des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung. Der großrussische Chauvinismus Stalins machte dieser Politik ein jühes Ende. 1944 wurden die Tschetschenen auf Stalins Anordnung unter dem Vorwand der Kollaboration mit den Nazis nach Zentralasien deportiert. Über die Hälfte der 800.000 Tschetschenen starben. Die Erlaubnis zur Rückkehr bekamen sie erst 1957. Nach der Niederschlagung des Putschs '91 gab es einen bewaffneten Aufstand, um die unter Brezhnev eingezogene die Führung zu stützen und für die Unabhängigkeit Tschetscheniens. Dudajew: Ex-General der

Die entscheidenden Themen der Wahl waren die wirtschaftliche Krise, die Lebensqualität und der Frieden. Versprochen wurde ein 45%iger Anstieg der Investitionen '96 nach

wjetischen Luftwaffe, wurde im Oktober '91 zum Präsidenten gewählt. Jelzin rief den Ausnahmezustand für Tschetschenien aus. Eine Massenmobilisierung in Tschetschenien bewirkte den Abzug der russischen Truppen und die Unabhängigkeit wurde proklamiert. Rußland hat vor allem wirtschaftliches und strategisches Interesse an Tschetschenien. Es ist ein reiches Land mit Vorräten an Öl und Mineralien, die aber durch die stalinistische Mißwirtschaft schlecht genutzt wurden. Dudajew versprach, das Land wohlhabend machen zu wollen. In Wirklichkeit stieg die Arbeitslosigkeit auf 200.000 für eine Einwohnerzahl von 1 Million. Dudajew regierte immer autoritär. 1993 löste er das Parlament auf und führte Zensur ein. Die russische Invasion hat aber die Position des Tschetschenenführers sicherer vorerst endgültig gestärkt.

Russische Armee raus aus Tschetschenien Nach einem dreijährigen Konflikt wollte Jelzin Anfang '95 einen schnellen militärischen Sieg durch die brutale Eroberung der Stadt Grosny erlangen, um seiner steigenden Unbeliebtheit entgegenzuwirken. Er wollte 'aber auch dem Rest der Welt beweisen, daß Rußland immer noch eine militärische Großmacht ist. Die Unterstützung im eigenen Land kam aber von Teilen der Militärpolitik, von Schirnowskis und kleineren ultra-nationalistischen Kräften. Im Ausland erzielte er keineswegs nur Ablehnung für seine Invasion. Erst als klar wurde, daß die Intervention nicht so schnell erfolgreich sein



Jelzin geht über tschetschenische Leitlinien

Innenpolitik. Egal, welches Regime aus dieser Krise entsteht, es wird versuchen, autoritär zu agieren und wird sich auf Arme und Staatsapparat stützen. Nach 60 Jahren stalinistischer Diktatur, dem Chaos der wirtschaftlichen Entwicklung und durch die Restauration des Kapitalismus konnte sich bis jetzt keine starke unabhängige Arbeiterbewegung entwickeln. Das ist jene Hypothek - die zumindest kurzfristig - die Perspektiven für die russische Gesellschaft verdirbt.

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
Gegen die Diskriminierung von Frauen: gleiche Rechte in allen Bereichen!
Schluß mit Sozialabbau und Privatisierung!
Kein Auserkauf der Verstaatlichten!
Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Ausschüsse zu verhindern!
Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Unsere "Prophезeung" für 1996: Sozialabbau und Widerstand, ein heißer Wiener-Wahlkampf, neue Haider...Sage! und ein weiteres Zurückweichen der SPÖ-Führung. Das macht es notwendig auch zu sein. 1995 haben wir 75% unseres Kampffonds-Ziel erreicht - und das Geld auch gebraucht! Ein großer Erfolg, da es von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen stammt! Außerdem haben wir die 'Publizistikförderung' erhalten. Natürlich können wir das Geld für die Verbesserung unserer Zeitung gebrauchen, wissen aber, daß es vielen anderen linken Zeitungen verweigert wurde. Ende '95 haben wir uns an einer Kampagne beteiligt, die sicherstellen sollte, daß auch die linken Medien, denen die ÖVP die Förderung streichen wollte, diese erhalten. Bis zum 30.4. haben wir uns ein Ziel von insgesamt 6S 120.000 gestellt. Durch unsere Aktion „Ein Weihnachtsgeschenk für VORWÄRTS“ sind bis heute 6S 7550,- hereingekommen. In den nächsten Monaten werden VORWÄRTS'ler ständig aktiv sein und mit Eurer Hilfe werden wir Widerstand leisten - und unser Kampffondsziel erreichen!

KampffondsAktuell
Bar chart showing 14% progress towards 120,000 goal.

VORWÄRTS Shop
Unser Programm VORWÄRTS - Was wir wollen
66 Seiten, 40 öS
Gegen Nazis T-Shirt
W L oder XL, 6S 120,-
Gegen Nazis Buttons 6S 15,-
Materialliste 6S 10,-
Versand erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto
PSK 8812.733

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Links aktiv werden - auch in St.Pölten

von Thomas Kern, JRE St.Pölten
Da sich die Nazi-Skinhead-Szene in St. Pölten neu formiert, veranstalteten wir am 27.1. eine Kundgebung gegen den Naziterror. Die Kundgebung wurde, auch durch die Unterstützung aus Wien (Danke nochmals!), ein voller Erfolg. Die Skinheads, die mehrmals mit Autos die Kundgebung umrandeten, konnten durch entschlossenes Vorgehen entfernt werden. Ein Auto (VW-Passat, silbergrün, Kennzeichen PL 30 AH) mit durch ein Weitwinkelobjektiv fotografierenden "Privatpersonen" konnte ebenfalls vertrieben werden. Mit Flugblättern machten wir die Bevölkerung auf unsere nächste Aktion aufmerksam: eine Demonstration anläßlich "Ein-Jahr-Oberwart" und im Gedächtnis an den österreichischen Bürgerkrieg der Februartage 1934 unter dem Motto

All we need is cash

„Free as a Bird - Frei wie ein Vogel“, so lautet der bis jetzt unveröffentlichte Song von John Lennon, der jetzt mit einem unglaublichen Medienrummel vermarktet wird.
Alben, Video und Bücher erscheinen, die die drei Beatles und die Plattenfirma EMI schales fleißig ein. Künstlich soll wohl so eine neue Beatles-Manie geschaffen werden. Der ORF strahlt eine dreiteilige Beatles-Dokumentation aus, Multimillionär und TV-
Star Thomas Gottschalk führt durch die Sendung, eine Ausstellung wurde in Wien gezeigt.
Tote können sich nicht wehren!
Das Blöde ist nur, dies alles hätte John Lennon bestimmt nicht gefreut. Schließlich hat er nach der Auflösung der Beatles 1969 gesagt: „Der Traum ist vorbei“.
Außerdem sagte er, er würde die Beatles niemals reformieren oder nochmals etwas mit ihnen aufnehmen. „Lennon wäre über die falsche Beatle-Manie, die im Moment aus rein kaufmännischen Gründen betrieben wurde, sehr verletzt gewesen“ schreibt die britische Zeitung Militant und ausbeuteten Massen eine echte Alternative anzubieten. Mit der Gründung von JIT ist dafür ein erster Schritt getan! Zur Zeit beteiligt sich JIT an einer Kampagne gegen die Privatisierung der pakistanischen Telefongesellschaft PTC und publiziert eine Menge marxistischer Bücher - wahrscheinlich erstmals in Pakistan! Als eine der ersten politischen Gruppen treten sie massiv gegen Privatisierung auf, machen Kampagnen gemeinsam mit den 'Unabhängigen', jener Gruppe am unteren Ende der Gesellschaft, fordern Arbeiterdemokratie, und kämpfen für Sozialismus.



Anti-Vietnam-Bewegung, etc., „Es ist schade, weil es die Brillanz der Beatles-Musik beeinträchtigt.“

The American Way...

Der US-Botschaft in Hanoi wird der Strom abgedreht, tausende Beamten müssen in Zwangsurlaub gehen, neue Pässe werden derzeit nicht ausgestellt. Schuld daran: Haider großes Vorbild - die US-Rechte. Sie bläst zum Generalangriff auf die ohnedies spärlichen Sozialleistungen im Land der sehr begrenzten Möglichkeiten. Vom Unterstützungsgeld für alleinerziehende Mütter bis zur Krankenvorsorge wollen die Republikaner mit ihrem „Contract with America“ alles Erdreichliche wegkürzen - Das Vorbild für Haider, „Vertrag mit Österreich“

alle Schichten der Arbeitnehmer trifft. Die amerikanische Rechte möchte beispielsweise „Medicare“, eine spezielle Krankenversicherung für Pensionisten, und „Medicaid“, ein Versicherungsprogramm für Arme, extrem beschneiden oder gar abschaffen. Weiters sind Eingriffe in für Bedürftige reservierte Sozialtöpfe geplant. Auf der anderen Seite wollen die Republikaner weitere Steuern für die Reichen senken oder ganz weglassen lassen. 200 Milliarden Dollar verspricht der Anführer der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus, Newt Gingrich, an Steuerersparnissen. Diese Einsparungen würden, wären sie gerecht, rund 6S 8.000,- pro US-Bürger bringen. Doch die Republikaner streben ausschließlich eine Kürzung der Reichensteuern (z.B. der Zinsertragsteuer) an. Einer ihrer Führer will überhaupt nur mehr einen Steuerersatz von 17 Prozent für alle, unabhängig vom Einkommen. Als Multimillionär weiß er, was ihm nützt.

Nicht nur in Europa wird Budgetkonsolidierung als Begründung für massiven Sozialabbau verwendet. Bis ins Jahr 2002 wollen die Republikaner das US-Budget soweit „sanieren“ haben, daß ausgeglichen bilanziert wird. Überall das gleiche Spiel: Die Sparpolitik der anderen (also Europa) zwingt dazu. Deshalb müssen man in sämtlichen Bereichen, die Arbeitnehmer betreffen, kürzen, während gleichzeitig die Steuern für Reiche weiter gesenkt werden. Der American Way of Umverteilung unterscheidet sich nur in seiner Radikalität vom österreichischen.

Was wollen Gingrich & Co? Unter dem Deckmantel der Eigenverantwortung planen die Republikaner ein Kürzungsprogramm, das



Newt Gingrich Haider's Vorbild

Krankenstandtages, Arbeitsdienst für Arbeitsplatzlose...
Anhand der aktuellen Situation in den USA zeigt sich besonders deutlich, daß eine Arbeiterpartei als Interessenvertretung notwendig ist, deren erste Aufgabe es ist, auf der einen Seite das Gesicht vor den Wählern zu wahren und auf der anderen Seite als der bessere Sparer dazustehen. Es ist ein reines Taktieren um Wählerstimmen, wo er nachgibt und wo er derzeit hart bleibt. Sind die Obdachlosen oder die Pensionisten die potentielleren Wähler...?
Was hat Haider mit dem amerikanischen Budget zu tun? Nach dem Vorbild der Republikaner hat Haider vor den Wahlen seinen „Vertrag mit Österreich“ präsentiert. Haider, der sich immer als Vertreter des kleinen Mannes aufspielt, fordert in diesem Papier Kürzungen à la Gingrich: Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Streichung der Bezahlung des ersten

## SPÖ-Bürgermeister von Wels verteidigt SS-Veteranen und den deutschnationalen ÖTB!

# WEG mit Bregartner!

*Der Welsler SPÖ-Bürgermeister Bregartner ist ein Bonze und Multifunktionär: Bürgermeister, Messepräsident, Stadtparteivorsitzender, Ausschußmitglied der E-Werke und der Sparkassa... Nichts besonders also? Wären da nicht noch politische Aussagen und Handlungen die man ansonsten nur von den Freiheitlichen kennt.*

von Thomas Rappel,  
 Stadtvorsitzender der  
 Sozialistischen Jugend Wels

Seit Jahren bekannt als die „braunen Flecken“ in Wels: Die Moritz-Etzold-Halle des rechtsextremen Turnerbundes (ÖTB), die Kernstockgasse und vor allem die Gedenktafel der Kameradschaft IV der Waffen-SS. Während viele Gemeinden sich entschlossen haben derlei Müll zu entfernen (z.B. durch Umbenennung) sieht Bregartner keine Notwendigkeit zu handeln. Stattdessen subventionierte er und die ihm nahestehenden „Genossen“ den ÖTB mit jährlich einer halben Million Steuergeldern. Die Subvention wurde jüngst auf öS

520.000,- erhöht. Die Waffen-SS-Tafel wurde zwar entfernt, er von bisher unbekanntem Tätern.

Der Bundesparteitag der SPÖ 1995 hat - entgegen der Empfehlung der Antragsprüfungskommission - der Forderung der SJ zugestimmt, daß SPÖ-Funktionäre den ÖTB nicht unterstützen dürfen. Bregartner - unter den 15 Gegenstimmen - weigert sich bis heute diesem Beschluß nachzukommen. Denn der „Welsler ÖTB beinhaltet nur honorire Bürger“. Wer dieser Meinung ist kann nur blind, blöd und/oder rechtsextrem sein! Im Welsler ÖTB findet man unter anderem: einen Gründungsmitglied der verbotenen NDP, einen Unternehmer auf seiner Burg Lesungen mit dem Holocaust-Leugner David Irving ab-



Die „anständigen“ Männer bei der Arbeit der Räumung des Warschauer Ghettos!

hielt und ähnliches Gesindel. Trotz eines angedrohten Parteiausschlußverfahren hielt Bregartner an seinem Kurs fest.

Auch ansonsten ist „Bre“ mehr blau-braun als rot. Zur Wahlniederlage der SPÖ 1994 meinte er „die Ausländer sind schuld“. Jugendliche sind ihm offensichtlich sowieso egal, denn während der Tagung des Jugendparlamentes 1993 ließ es sich wegen eines angeblichen „wichtigen Termins“ entschuldigen. Dieser stellte sich später als Saufrunde im Biergarten heraus. Welche Probleme könnten Jugendliche in Wels schon haben? Probleme mit Neonazis jedenfalls nicht. Denn in Wels gibt es - laut Bregartner - keine rechtsextreme Szene. Wie erklärt er sich allerdings Übergriffe auf ein linkes Jugendzentrum und Personen, die im Anschluß daran im Krankenhaus behandelt werden mußten? Diese rechten Gewalttäter bewegen sich auf dem Feld, welches der Herr Bürgermeister durch seine Verharmlosungen mit aufbereitet hat!

Auch sein Verhalten in der Partei ist bezeichnend. Antifaschistische SPÖler und SJler werden ständig vom „Bre“-Clan attackiert: Die Partei sollen sie verlassen, „wenn sie noch ei-

nen Funken Anstand besitzen“. Bei seinen loyalen Freunden ist Bregartner allerdings sehr großzügig. Der scheidende Messedirektor Leitner erhält nach zwei Dienstjahren öS 3.800.000,-.

Das Leute wie der Welsler Bürgermeister nach wie vor in (SPÖ) Amt

und Würden sind, zeigt wie weit heruntergekommen die Partei bereits ist. Mit Menschen wie Bregartner gibt es für uns keine gemeinsame politische Basis. Was fehlt ist eine starke linke Kraft!

Hilf mit, sie aufzubauen, mach mit bei VORWÄRTS.

## Nein zu Brauneder

Nach Haiders Rede in Krumpendorf vor ehemaligen Waffen-SSlern, schloß der ÖVP-Klubobmann die Wahl eines FPÖ-Kandidaten zum 3. Nationalratspräsidenten aus. Bereits einen Tag später relativierte Khol seine Aussage: „Die ÖVP lehnt nicht generell jeden FPÖ-Kandidaten ab, wird ihm aber nur dann ihre Stimme geben, wenn dieser oder diese demokratiepolitisch nicht bedenklich ist.“ (aus profil 4/96) Danach half die ÖVP den FPÖ-ler Brauneder in den Sessel des 3. NR-Präsidenten. Besonders interessant dabei ist, daß Brauneder weit rechts vom ursprünglichen Kandidaten Haupt steht. Er veröffentlichte mehrere Artikel in den rechtsextremen Zeitschriften Aula und Mut. Außerdem war er „wissenschaftlicher Kurator“ der eindeutig rechtsextremen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, die sich haupt-

sächlich damit beschäftigt, NS-Verbrechen zu beschönigen oder zu leugnen.

Der Dekan Brauneder ermöglichte es dem Rechtsextremisten R. Oberlechner auf der Uni Wien zu referieren. Unter anderem sorgte Gottfried Küssel bei dieser Veranstaltung 1987 für Ruhe und Ordnung. Für Khol ist Brauneder aber so „unbedenklich“, daß er nach seiner Wahl jubelte „Die Demokratie hat gewonnen.“ (profil 4/96).

Ein anderer VP-Politiker meinte die Roten sollen ruhig merken, daß sie nicht die Mehrheit haben. betont wurde übrigens ausdrücklich, daß es sich hier um keinen Kuhhandel mit der FPÖ - welche im Gegenzug Klansic zur steirischen Landeshauptfrau wählte - handelte. Brauneder ist übrigens ein Musterbeispiel für Antipriviegiopolitik a la F: Professor, Abgeordneter, Badner Gemeinderat...

## Was war die Waffen-SS?

von Franz Breier junior

Die „Kameradschaft IV“ ist ein Traditionsverband der ehemaligen Waffen-SS. Gegenüber anderslautenden Geschichtslügen Haiders, war die „SS“ (und ihre „besondere“ Abteilung - die „Waffen-SS“) nie vierter Teil der faschistischen Wehrmacht. Sie war eine eigenständige, direkt Hitler und Himmler unterstellte Mörderbande. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wurde sie eindeutig als „verbrecherische Organisation“ verurteilt. Die Aufgaben der Waffen-SS: „Säuberungsaktionen“ hinter der Front und die Stellung der Wachmannschaften der Konzentrationslager. Sie waren also die brutalsten Henker in der Ver-

nichtungsmaschinerie des „Dritten Reiches“. Auch die Ausrottung ganzer Ortschaften geht auf das Konto der Waffen-SS. Die Einwohner der Dörfer Marzabottom Ouradur sur Glane und Kalvra wurden von dieser Einheit massakriert. Die Kameradschaft IV beschäftigte sich nach dem Krieg vor allem mit der Leugnung dieser Verbrechen: „...das Studium der Vergasungstechnik beweist unumstößlich, daß Gaskammern nie existiert haben.“ (aus der „Kameradschaft 1981). Wer - wie Karl Bregartner sich von derlei Verbrechern auf die Schultern klopfen läßt (O-Ton „Bleib standhaft Koarl), oder wie Haider meint „ihnen gebühre alle Ehre“ - der ist ein Komplize dieser Mörder.

**Nicht zuschauen! Jetzt links aktiv werden! Ruf an: 0222/ 597 0 432**